

„Das unterschätzte Parlament" in Luxemburger Wort (1. Juni 2004)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 01.06.2004. Luxemburg: Imprimerie Saint-Paul. "Das unterschätzte Parlament", auteur: Werle, Gerd , p. 3.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/das_unterschatzte_parlament_in_luxemburger_wort_1_juni_2004-de-23f04fef-aa86-448b-aa5c-9d622c77e52b.html

Publication date: 26/03/2014

Das unterschätzte Parlament

„Hast Du einen Opa, dann schick ihn nach Europa“. Dieser abschätzige Spruch entstand zu Zeiten, als das Europaparlament noch ein zahnloser Tiger war, ein Abstellgleis für ausgemusterte Politiker. Doch die Zeiten und damit die Machtverhältnisse haben sich grundlegend geändert, und zwar innerhalb der europäischen Institutionen aber auch zwischen den Einzelstaaten und der Europäischen Union. Die Europäisierung ist in vollem Gange. Soeben hat die EU zehn neue Mitglieder aufgenommen, die Spitzenpolitiker sind dabei, der europäischen Verfassung den Feinschliff zu verpassen.

An sich hätte man davon ausgehen können, dass von den Beitrittsfeiern des 1. Mai ein zündender Funke für die Europawahlen am 13. Juni übrigbleibt. Doch dem scheint nicht so. Die ganz großen Themen fehlen jetzt, die Demoskopen rechnen nur mit einer relativ geringen Wahlbeteiligung. Diese lag schon 1999 nur bei 45,2 Prozent, während fünf Jahre zuvor noch 60 Prozent der Wähler zu den Urnen schritten. Die nationalen Parteien sind wie stets dabei, die Europawahlen mit ihren jeweiligen Themen zu bestücken. Die Oppositionsparteien wollen ihren zugeordneten Regierungsparteien einen Denktzettel verpassen und womöglich eine Wende einleiten. Hinzu kommt, dass in vielen Ländern die Europaabgeordneten wenig bekannt sind, gemessen an den Ministern und Fraktionsspitzen. Weil in Straßburg die klassische Konstellation Regierungs-Oppositionslager fehlt, ist dies auch nicht allzu verwunderlich. Außerdem zeichnen die Massenmedien eher ein negatives Bild von Europa, anstatt sich ernsthaft mit der Problematik auseinander zu setzen.

Vielen Bürgern dürfte einfach entgangen sein, dass sich das Europäische Parlament – so der offizielle Terminus – seit seiner ersten Direktwahl vor 25 Jahren zu einem ernst zu nehmenden Machtfaktor entwickelt hat. Dank der Verträge von Maastricht und Amsterdam hat es bei rund 80 Prozent der EU-Richtlinien ein Mitentscheidungsrecht, gleichberechtigt mit dem Ministerrat, der Vertretung der Einzelstaaten. Weil die EU-Gesetze von den Parlamenten in nationales Recht umgesetzt werden müssen, haben die europäischen Entscheidungen direkte Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bürger in den 25 Mitgliedsländern.

In vielen Bereichen wäre eine rein nationale Politik im 21. Jahrhundert einfach absurd. Dies gilt für die Regelungen zum Umwelt- und Verbraucherschutz, die Verkehrs- und Entwicklungspolitik aber auch für den Bereich der Inneren Sicherheit angesichts der Bedrohung durch die internationale Kriminalität und den längst grenzüberschreitend operierenden Terrorismus. Das Europaparlament kann sich zugute schreiben, dass es viele vom Ministerrat allzu lasch geplante Richtlinien, wie zur Lärmbelästigung durch Autos, Flugzeuge, Rasenmäher usw., zur Trinkwasser- und Badegewässerqualität, für Zusatzstoffe in Lebensmitteln, Kennzeichnungspflicht für Gen-Food u. a. m. erheblich verschärft hat.

Mit der EU-Verfassung erhält das Europaparlament neue Rechte und einen noch wichtigeren Rang. Es bekommt auch Zugriff auf die gesamte Agrarpolitik, die Einwanderungs- und Asylpolitik und die Gesetzgebung in der Innen- und Rechtspolitik. Straßburg entscheidet irgendwann auch einmal mit, ob die Türkei in die EU aufgenommen wird. Hinzu kommt, dass der neue Kommissionspräsident, der von den EU-Staats- und Regierungschefs am 18. Juni benannt wird, zusammen mit seiner späteren Mannschaft auf die Zustimmung der Straßburger Versammlung angewiesen sein wird. Bisher suchten sich die Chefs meist einen Kandidaten aus den eigenen Reihen aus. Diesmal soll der künftige Kommissionspräsident im „Lichte der Ergebnisse der Europawahlen“ vorgeschlagen werden. Das heißt er sollte der politischen Familie entstammen, welche die Wahlen gewinnt. Dafür kommen vor allem die christdemokratische EVP und die sozialdemokratische SPE in Frage. Ob der bisherige (liberale) Europäische Parlamentspräsident Pat Cox dennoch eine Chance hat, ist abzuwarten.

Abgesehen von den Ländern in denen Wahlpflicht besteht, wie in Luxemburg und Belgien, wollen viele Bürger deshalb nicht zu den Wahlurnen gehen, weil sie von den Europaabgeordneten als „raffgieriger Abzocker“ gehört haben. Ohne auf diese Debatte erneut einzugehen – ein Negativimage ist aufgrund der Medienkampagnen durchaus geblieben. Dabei kommt es nicht einmal so sehr darauf an, ob das Spesenrittertum mancher Deputierten mit den geltenden Vorschriften im Einklang war oder nicht. Es gibt auch moralische Verpflichtungen. Der gesunde Menschenverstand will es einfach nicht hinnehmen, dass

nicht korrekt abgerechnet wird oder dass Tagesgelder keine Sitzungsgelder sind. Viele Abgeordnete zeigten sich vor den Wahlen reumütig, ob aus Scham oder aus wahltaktischen Gründen sei dahingestellt. Eine der ersten Aufgaben, die 732 Abgeordneten nach den Wahlen angehen müssen, ist jedenfalls die Ausarbeitung einer sauberen Diäten- und Spesenregelung.

Stell Dir vor, es ist Europawahl – und keiner geht hin! Oder er geht beispielsweise In Luxemburg hin und gibt nur einen weißen Zettel ab! Angesichts des weiter zunehmenden Einflusses des EU-Parlaments auf die Gesetzgebung und damit das Leben von 450 Millionen Bürgern – wäre damit nicht ein Stück Selbstentmündigung verbunden? Deshalb sollte das Rendezvous mit der europäischen Geschichte im Wahllokal nicht verpasst werden.

Gerd Werle